

**Antrag I-01****SPD-Unterbezirk Celle****Der Bezirksparteitag möge beschließen:****Für ein Europa der Menschen statt nur der Märkte**

1 Wir leben derzeit im permanenten Krisenmodus.  
2 Nach der weltweiten Corona-Krise spüren wir jetzt  
3 seit über einem Jahr auch hier bei uns die Auswir-  
4 kungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukrai-  
5 ne. Und bei alledem haben die großen Bewegun-  
6 gen unserer Zeit ja nicht plötzlich aufgehört: Die Kli-  
7 makrise ist präsenter denn je, Wirtschaft und Arbeit  
8 verändern sich durch eine rasante digitale Transfor-  
9 mation – und bei alledem sind unsere demokra-  
10 tischen Gesellschaften mit permanenten Angriffen  
11 von Feinden der Demokratie durch Desinformation  
12 und Verschwörungstheorien konfrontiert.  
13 Diese Zeiten sind für demokratische Politik eine be-  
14 sondere Bewährungsprobe. Und für uns Sozialde-  
15 mokrat:innen gilt das umso mehr. Gerade deshalb  
16 wird die Europawahl im kommenden Jahr so ent-  
17 scheidend sein. Die Europäische Union selbst steht  
18 nicht infrage, wohl aber welchen Weg sie nimmt.  
19 Werden wir ein Europa der Guten Arbeit, in dem wir  
20 die Transformation meistern und die Balance zwi-  
21 schen Wirtschaft und Umwelt herstellen? Werden  
22 wir ein Europa, dass den Menschen in den Mittel-  
23 punkt stellt, oder verharren wir in einer Union mit  
24 dem Binnenmarkt als kleinstem gemeinsamen Nen-  
25 ner? Halten wir ein Europa zusammen, das Frieden,  
26 Freiheit und Recht ausstrahlt oder dividieren wir uns  
27 auseinander? Welchen Weg nimmt unser Europa?  
28 Darüber entscheiden wir bei der Wahl zum Europäi-  
29 schen Parlament im kommenden Jahr. Wir sind da-  
30 von überzeugt: Europa braucht eine starke Sozialde-  
31 mokratie. Folgende Themen sind uns dabei wichtig:  
32 • Mit einer Richtlinie hat sich die EU im Okto-  
33 ber 2022 erstmals auf das Prinzip des Mindest-  
34 lohns als gemeinsamem Maßstab geeinigt.  
35 Der nächste Schritt muss folgen: Wir brauchen  
36 eine EU-Rechtssetzung für einen gesetzlichen  
37 Mindestlohn in allen EU-Mitgliedsstaaten und  
38 einen verbindlichen Pfad zu einem gemein-  
39 samen europäischen Mindestlohniveau. Zu-  
40 dem müssen weitere Maßnahmen zur Erhö-  
41 hung der Tarifbindung folgen – 80 Prozent  
42 sind in der EU das Ziel, in Deutschland profi-  
43 tieren jedoch nur 44% der Beschäftigten von

**Empfehlung der Antragskommission  
Annahme****Adressat:**

SPE-Fraktion

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

- 44        Tarifbindung. Hierfür müssen die Tarifpartner  
45        gesetzlich gestärkt werden.
- 46        • Das drängendste Thema der nächsten Jahre ist  
47        die Gestaltung der Transformation. Hierfür ist  
48        passgenaue Weiterbildung der Schlüssel: Weil  
49        sich über 90 Prozent der Berufe ändern wer-  
50        den, müssen ebenso viele Beschäftigte wei-  
51        tergebildet werden. Die EU muss hierfür eine  
52        europaweite Up- und Reskilling-Initiative star-  
53        ten und finanziell ausstatten.
  - 54        • Mit dem Verbot für neue Verbrenner-  
55        Fahrzeuge ab 2035 hat die EU kürzlich einen  
56        klaren Weg geebnet. Ebenso klare Entschei-  
57        dungen für andere Sektoren stehen jedoch  
58        noch aus: Die EU muss einen Ausstiegstermin  
59        für fossile Energieerzeugung definieren und  
60        zugleich den Umstieg in erneuerbare Energien  
61        noch wesentlich stärker fördern. Hierbei muss  
62        die öffentliche, demokratisch legitimierte  
63        Kontrolle über die Energieerzeugung und  
64        -verteilung gestärkt werden.
  - 65        • Das absolute Marktprinzip war bisher der  
66        herrschende Konsens in der EU. Dies hat-  
67        te auch Auswirkungen auf das Steuerrecht:  
68        Während große Konzerne eine effektive Be-  
69        steuerung weiterhin umgehen können, müs-  
70        sen Kommunen hier bei uns derzeit mit erheb-  
71        lichem Aufwand prüfen, welche gemeindliche  
72        Leistungen umsatzsteuerpflichtig sein könn-  
73        ten, da sie ja womöglich auch von privaten  
74        Dritten erbracht werden könnten. Dieses Prin-  
75        zip untergräbt den umfassenden Grundsatz  
76        der öffentlichen Daseinsvorsorge und führt in  
77        der Praxis vor allem zu mehr Bürokratie. Statt-  
78        dessen müssen öffentlich-rechtliche Institu-  
79        tionen in ihrer Leistungserbringung weiterhin  
80        steuerbefreit bleiben, insbesondere Bildung  
81        und soziale Dienstleistungen müssen in der  
82        EU grundsätzlich umsatzsteuerfrei bleiben.
  - 83        • Im Bereich der Bürgerrechte, vor allem im di-  
84        gitalen Raum, muss die EU mit der technolo-  
85        gischen Entwicklung schritthalten. Mit stärkerer  
86        Rechtssetzung zur Verhinderung von Fake  
87        News und Desinformation und zur Regulie-  
88        rung von Künstlicher Intelligenz (KI) muss die  
89        EU einen Ordnungsrahmen für das digitale  
90        Zeitalter schaffen.
  - 91        • Der größte Wert der EU ist ihre Rolle als  
92        Friedensmacht. Sie muss weiterhin mit einer

93 Stimme gegen den russischen Angriffskrieg in  
94 der Ukraine einstehen. Vor allem aber muss  
95 die EU im Inneren vollendet werden, vor allem  
96 durch den erfolgreichen Abschluss der Bei-  
97 trittsverhandlungen mit den Kandidatenstaa-  
98 ten des Balkans. Albanien, Bosnien und Herze-  
99 gowina, Moldau, Montenegro, Nordmazedo-  
100 nien und Serbien liegen inmitten der EU, sie  
101 müssen zeitnah Teil der Union werden.

- 102 • Niedersachsen bereichert und profitiert zu-  
103 gleich erheblich von der Europäischen Uni-  
104 on. Doch insbesondere bei der Umsetzung  
105 von EU-Förderprogrammen ist zuletzt der bü-  
106 rokratische Aufwand erheblich angestiegen.  
107 Hierfür müssen die Verfahren so angepasst  
108 werden, dass die Ziele des Förderrahmens kla-  
109 rer und eindeutiger definiert, zugleich aber die  
110 Umsetzung flexibler gestaltet wird.